



**Marlene Schönberger**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

Grüne tauschen sich zum Mainburger  
Krankenhaus mit Initiative aus

Berlin, 16.05.2024

**Marlene Schönberger, MdB**  
**Bündnis 90/Die Grünen**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Unter den Linden 50  
Raum: 3.013  
marlene.schoenberger@bundestag.de

Büro: Dingolfing  
Fischerei 8  
84130 Dingolfing

Büro: Landshut  
Regierungsstraße 545  
84028 Landshut

Büro: Pfarrkirchen  
Passauer Straße 79  
84347 Pfarrkirchen

Auf Einladung der Initiative „Rettet das Krankenhaus Mainburg kamen drei Abgeordnete der Grünen mit den Kreisräten Richard Zieglmeier und Christian Rank sowie Stadträtin Erika Riedmeier-Fischer zu einem Austausch über die Krankenhaus- und Notfallversorgung in die Hopfenstadt. Neben der lokalen Bundestagsabgeordneten Marlene Schönberger waren Johannes Wagner, der für die bayerischen Grünen im Gesundheitsausschuss des Bundestags sitzt, und Johannes Becher, Landtagsabgeordneter im Stimmkreis Freising anwesend.

Die Vertreter der Initiative dankten für die Bereitschaft der Abgeordneten, sich vor Ort zu informieren und mit der Initiative auszutauschen. Reiner Gastner stellte den anwesenden Politikern anschaulich vor, warum das Krankenhaus Mainburg mit seinen aktuellen Versorgungsleistungen und dem großen Einzugsbereich bedarfsnotwendig ist und erhalten bleiben muss. Die Mainburger Klinik gehöre sogar zu den wichtigsten Krankenhäusern im Freistaat, wenn man den Faktor Wohnortnähe betrachte. Eindringlich schilderte er die absehbaren Auswirkungen auf die Zeitspanne bis zur manchmal lebensrettenden Notfallversorgung im Krankenhaus, sollte das Krankenhaus Mainburg durch den Rettungsdienst nicht mehr angefahren werden können. Annette Setzensack appellierte an Johannes Wagner, als Mitglied des Bundesgesundheitsausschusses, sich für eine Anpassung der geplanten Krankenhausreform einzusetzen und Härtefälle wie das Mainburger Krankenhaus besonders zu unterstützen. Zudem müsste die zeitliche Befristung der Ausnahmeregelungen von den künftig strengeren Strukturanforderungen auf drei Jahre für bedarfsnotwendige Krankenhäuser entfallen. Gerlinde Scholz äußerte ihr Unverständnis, dass nach dem Regionalgutachten in die Umstrukturierung des Mainburger Krankenhauses in ein Gesundheitszentrum bis zu 15 Millionen Euro investiert werden sollen, die stattdessen in die Stärkung der vorhandenen Grundversorgung verwendet werden sollten.



Schönberger bedankte sich für das beeindruckende Engagement der Bürgerinnen und Bürger. „Alle Menschen, egal ob sie auf dem Land oder in der Stadt leben, müssen die beste medizinische Versorgung erhalten. Und im Notfall auch schnell!“, machte die Angeordnete klar. Ihr Kollege Wagner bekräftigte: „Krankenhäuser müssen qualitativ hochwertig und für alle zugänglich sein.“ Der Gesundheitspolitiker besucht zurzeit viele kommunale Krankenhäuser in Bayern und stellt fest, "dass wirklich alle gerade mit krassen finanziellen Problemen und dem Fachkräftemangel zu kämpfen haben. Mainburg ist da leider keine Ausnahme." Um auch in Zukunft noch die bestmögliche Behandlung im Krankheitsfall für alle Menschen in Deutschland gewährleisten zu können, brauche es die Krankenhausstrukturreform dringender denn je. "Im Bund können wir die Weichen für eine nachhaltigere Finanzierung stellen, die weniger von Fallpauschalen abhängt und für mehr Stabilität sorgt. Für die konkrete Planung, wo welches Krankenhaus steht, bleibt aber das Land Bayern zuständig.“ Auch die grünen Kommunalpolitiker meldeten sich zu Wort. Während Kreisrat Zieglmeier deutlich auf die jährlich wachsenden Defizite des Krankenhauses, die der Kreishaushalt zu finanzieren hat, verwies, betonte die Stadträtin Riedmeier-Fischer, dass die Notfallversorgung der Menschen in der Hallertau zu jeder Tages- und Nachtzeit gewährleistet sein muss. Für beide Argumente zeigten die Abgeordneten großes Verständnis, Schönberger und Becher sind selbst Kommunalpolitiker.

Hier knüpfte der Landtagsabgeordnete Becher an, der für eine konstruktive Lösungsfindung plädierte: "Der Verlust des Klinikums Mainburg würde die gesundheitliche Versorgungslandschaft in unserer Region sehr negativ beeinflussen. Dies gilt sowohl für den Landkreis Kelheim als auch für den Landkreis Freising. Ich hoffe auf eine einvernehmliche Lösung, die den Krankenhaus-Standort Mainburg trotz aller finanziellen Herausforderungen erhält."

“Derzeit laufen intensive Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Reform. Besonders die bayerische Landesregierung hatte den Prozess immer wieder verzögert. Geplant sei nun aber endlich, das Gesetz noch vor der Sommerpause ins Parlament zu bringen,“ ergänzte Wagner.